



Presseschau vom 21.06.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Alte Muster in Afrika: Europäer "kümmern" sich jetzt um die dortige Natur
Sechzig Jahre nach der Unabhängigkeit der DR Kongo kann ein dort lebender belgischer Bergbau- und Holzabbau-Unternehmer Rechte für den "Schutz" von Waldflächen, halb so groß wie Belgien, erstehen. Auch in anderen Bereichen zeigt sich der Ressourcenfluch und bleibende koloniale Verbindungen zu Europa. ...

<https://kurz.rt.com/2k2h>

Scott Ritter: Bedrohung durch Cyberangriffe ist real und könnte in Atomschlag enden

Die NATO hat deutlich gemacht, dass eine hinreichend schwere Cyberattacke wie ein konventioneller Angriff behandelt werden kann. Als solcher könne eine Reaktion ausgelöst werde – theoretisch auch einen Atomschlag. Ein Abkommen zur Cybersicherheit erscheint unerlässlich. ...

<https://kurz.rt.com/2k05>

Tom Fowdy: Chinas Neue Seidenstraße: G7 antworten mit fragwürdiger "Alternative"

Der Investitionsplan der G7 unter dem Motto "Build Back Better", der als Konkurrenz zu Chinas "Neuer Seidenstraße" entstehen soll, ist ein schmissiger PR-Gag, der zum Scheitern verurteilt ist. Auf den ersten Blick sieht der Vorschlag des Westens für ein globales Investitions- und Infrastruktur-Programm beeindruckend aus.

<https://kurz.rt.com/2k3r>

Pierre Lévy: Globale Mindestbesteuerung von Unternehmen: Imagepflege oder kleineres Übel?

Auf den ersten Blick sieht die von den G7 getroffene Vereinbarung einer globalen Besteuerung multinationaler Konzerne gut aus. Schließlich tun diese alles, um Steuern zu sparen. Aber wenn selbst Amazon und Co. diese Pläne begrüßen, was steckt wirklich dahinter? ...

<https://kurz.rt.com/2juz>

Karin Leukefeld: Entspannung oder weitere Konfrontation? – Iran nach den Wahlen

Die Wahl des schiitisch-muslimischen Klerikers Ebrahim Raissi zum neuen Präsidenten Irans sorgte in der arabischen Welt kaum für Schlagzeilen. In deren Staaten bestimmen politische und wirtschaftliche Probleme die Tagesordnung. Westliche Stimmen warnen hingegen vor einer Verschärfung der Lage in der Region. ...

Paul Linke: Studie stellt PCR-Test in Frage – BMG verteidigt: „Ist und bleibt der Goldstandard“

Eine Studie der Universität Duisburg-Essen stellt dem PCR-Test ein schlechtes Zeugnis aus. Mehr als die Hälfte der auf Sars-Cov-2 positiv Getesteten war demnach „wahrscheinlich“ nicht infektiös. Die Testergebnisse sollten daher nicht als Grundlage für Lockdown-Maßnahmen dienen, so ein Studien-Autor. Die Bundesregierung verteidigt den Test. ...

<https://snanews.de/20210621/studie-stellt-pcr-test-in-frage--bmg-verteidigt-ist-und-bleibt-der-goldstandard-2567690.html>

abends/nachts:

snanews.de: Irans einziges Atomkraftwerk Buschehr not-abgeschaltet

Das einzige iranische Atomkraftwerk Buschehr ist nach Medienberichten vorübergehend not-abgeschaltet worden.

Der Vertreter des staatlichen Stromenergie-Unternehmens Gholamali Rakhshanimehr hatte zuvor in einer Talkshow gesagt, die Abschaltung habe am vergangenen Samstag begonnen und würde drei Tage dauern, schreibt die Agentur AP. Als Grund wurden Wartungsarbeiten genannt.

Laut Rakhshanimehr könnten nun Stromausfälle folgen. Das soll das erste Mal sein, dass der Iran eine Notabschaltung seines Atomkraftwerks öffentlich bekannt gibt. Das AKW war im Jahr 2011 mit Russlands Hilfe ans Netz gegangen.

Im März hatte der Vizechef der iranischen Atomorganisation AEOI, Mahmud Dschafari, die Abschaltung des Atomkraftwerks nicht ausgeschlossen, da Teheran die notwendigen Teile und Ausrüstung von Russland wegen der 2018 verhängten US-Sanktionen nicht beschaffen könne. Buschehr wird mit Uran betrieben, welches in Russland produziert wird. Das Atomkraftwerk wird von der Internationalen Atomenergieorganisation der Vereinten Nationen überwacht. Die Bauarbeiten am Buschehr-Kraftwerk begannen Mitte der 1970er Jahre unter dem iranischen Schah. Nach der Islamischen Revolution 1979 wurde die Anlage im Iran-Irak-Krieg wiederholt ins Visier genommen. Russland schloss später den Bau der Anlage ab.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/06/14/2557171_0:12:2000:1137_1440x0_80_0_0_d64f485d1692510309c4bd7b521eef90.jpg

wpered.su: Kommunisten aus der DVR, der RF und der BRD beteiligten sich an einem Online-Treffen zum 80. Jahrestag des Beginns des Großen Vaterländischen Krieges

Heute, am 20. Juni, fand ein Online-Treffen zum 80. Jahrestag des Beginns der Großen Vaterländischen Krieges statt. An diesem nahmen Vertreter der KP der DVR, der KPRF und der DKP teil, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Der Erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow sprach zur Begrüßung. Bei seiner Rede zog er parallelen zwischen den historischen und den heutigen Ereignissen, lenkte die Aufmerksamkeit darauf, welche Gefahr die Versuche, den Faschismus in der Ukraine wiederzubeleben, darstellt, er erzählte von der Entstehung der Donezker Volksrepublik und dem Kampf gegen den ukrainischen Nationalismus.

Die internationale Sekretärin der DKP Renate Koppe unterstrich, dass in der EU, insbesondere in der BRD, eine Verfälschung des Geschichte des zweiten Weltkriegs erfolgt. „Gleichzeitig findet in der BRD eine Verfälschung der Geschichte statt. Oft werden die sozialistische Sowjetunion und das faschistische Deutschland gleichermaßen als Schuldige am zweiten Weltkrieg dargestellt, der Angegriffene und der Angreifer so gleichgesetzt. Dies war zum Beispiel in einer EU-Resolution der Fall, die von Abgeordneten aller Parteien der BRD, die im EU-Parlament vertreten sind, mit Ausnahme der Linkspartei, unterstützt wurde. Das Schema ist immer das gleiche: der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag, der eine Folge davon war, dass insbesondere Großbritannien und Frankreich jegliche Versuche der Sowjetunion, Vereinbarungen gegen die vom faschistischen Deutschland ausgehende Gefahr zu schließen, ablehnten und der der Sowjetunion Zeit gab, sich auf den unvermeidlichen Krieg vorzubereiten, als Bündnis von zwei Staaten desselben Typs dargestellt wird, Faschismus und Sozialismus werden gleichgesetzt. Die genannte Resolution ruft die EU-Staaten auf, diese verzerrte Sicht der Geschichte in den Schulbüchern zu lehren“, unterstrich sie.

Die Leiterin der Interbrigade des Moskauer Stadtkomitees der KPRF Tatjana Desjatowa berichtete über die derzeitige Situation in der Russischen Föderation, den politischen Druck auf die Kommunisten, außerdem informierte sie über die Feiern zum Geburtstag Georgij Dimitrows in Moskau und führte ein Zitat von ihm über den Faschismus an: „Der Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“.

An dem Online-Treffen nahmen auch der Abgeordnete der KPRF der 6. Staatsduma Wladimir Bessonow, der Vertreter des Moskauer Stadtkomitees der KPRF Konstantin Oparin und das Mitglied des Sewastopoler Bezirkskomitee der KPRF Sergej Kochow teil.

vormittags:

snanews.de: **Parlamentswahlen in Armenien: Partei von Regierungschef Paschinjan siegt mit 54 Prozent**

Bei der vorgezogenen Parlamentswahl in Armenien am Sonntag ist die Partei des Regierungschefs Nikol Paschinjan nach Auszählung aller Stimmzettel stärkste Kraft geworden.

Nach Angaben der zentralen Wahlkommission hat die Partei Bürgervertrag 53,92 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen können. Nach dem nationalen Wahlgesetz darf eine Partei selbständig die Regierung bilden, wenn sie mindestens 54 Prozent der Parlamentssitze bekommt. Allerdings ist auch ein Mechanismus vorgesehen, der es einer Partei ermöglicht, die neue Regierung eigenständig zu bilden, wenn sie das Wahlergebnis von 54 Prozent der Wählerstimmen zwar verfehlt, dabei jedoch auf mehr als 50 Prozent der Stimmen kommt. In diesem Fall erhält der Wahlsieger Zusatzmandate, um den Mangel auszugleichen.

Paschinjans wichtigster Herausforderer, der frühere Präsident Robert Kotscharjan mit seinem Block Armenien, erhielt nach Angaben der Wahlbehörde 21,04 Prozent. Der Wahlblock des früheren Präsidenten Sersch Sargssjan, der mit 5,23 Prozent der Stimmen die drittstärkste Kraft wurde, schaffte es nicht in das Parlament. Er konnte die für Wahlblöcke vorgesehene 7-Prozent-Hürde nicht überwinden. Für die Parteien beträgt die Hürde fünf Prozent.

Paschinjans Gegner Kotscharjan will den Wahlausgang nicht anerkennen. Die von der Zentralen Wahlkommission veröffentlichten Abstimmungsergebnisse seien umstritten und nicht glaubwürdig, heißt es in einer Erklärung seines Blocks, die am frühen Montagmorgen veröffentlicht wurde.

Die offiziellen Wahlergebnisse stünden im Widerspruch zu den Prozessen des öffentlichen Lebens, die in den letzten acht Monaten zu beobachten seien. Die stark besuchten Proteste der Oppositionellen sollen von einer Stimmung der Bevölkerung zeugen, die einen anderen Wahlausgang nahelegen würde. Der Block Armenien werde die Wahlergebnisse nicht anerkennen, bis alle problematischen Fragen geklärt und Zweifel ausgeräumt seien, hieß es. Bereits am Wahlsonntag hatte die Opposition Verstöße bei der Abstimmung beklagt.

Das Ermittlungskomitee Armeniens registrierte nach eigenen Angaben 68 Gesetzesverstöße während der Parlamentswahlen. In drei Fällen seien Strafverfahren eingeleitet worden, sagte ein Sprecher der Behörde am Sonntagabend. Dabei sollen 48 Misstände mit wiederholter Stimmabgabe und Versuchen zu tun haben, für eine andere Person zu stimmen.

Die vorgezogenen Parlamentswahlen in Armenien, bei denen 21 Parteien und vier Blöcke antraten, fanden am 20. Juni statt. Die Wahlbeteiligung lag bei rund 50 Prozent der Stimmen. Paschinjan hatte die Neuwahl unter dem Druck von Oppositionsprotesten angesetzt. Mehrere Parteien machten den Regierungschef selbst für die Niederlage bei dem bewaffneten Konflikt mit Aserbaidshan um Bergkarabach, sowie für die Gebietsverluste und die vielen Toten verantwortlich. Paschinjan lehnte einen Rücktritt stets ab und betonte, er wolle das Land aus der Krise führen.

Schon in der Nacht erklärte sich Paschinjan zum Sieger und dankte den Präsidenten Russlands, der USA und Frankreichs sowie der EU-Führung für die Unterstützung seines Landes in Krisenzeiten. Seine Dankbarkeit galt auch dem iranischen Präsidenten, Hassan Rohani, und dem georgischen Ministerpräsidenten, Irakli Garibaschwili.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/06/15/2558261_0:0:3071:1728_1440x0_80_0_0_19fbde134c7e732b850afd7f75868a18.jpg

deu.belta.by: **Belarussische Wirtschaft ist bereit für jedes Sanktionsszenario**

In Belarus werden verschiedene Sanktionsszenarien und mögliche Gegenmaßnahmen durchgespielt. Das erklärte der erste stellvertretende Wirtschaftsminister Juri Tschebotar im Interview mit dem TV-Staatssender STV.

„Wir spielen verschiedene Szenarien durch und prüfen, wie die Sanktionen konkrete Wirtschaftsbranchen herausfordern können. Wir schauen auf verschiedene Faktoren und schätzen potentielle Risiken ab. Entsprechende Gruppen in der Regierung arbeiten daran. Wir wissen, wie wir unter diesen oder anderen Umständen zu handeln haben“, sagte Juri Tschebotar.

Das Wirtschaftsministerium sehe keinen besonderen Einfluss der Sanktionen auf die wirtschaftliche Situation im Land. Nach 5 Monaten sei die Wirtschaft auf Wachstumskurs. Der erste Vizeminister ging auf die Beziehungen mit China ein. China habe wirtschaftlich und politisch hohe Priorität. China sei ein vielversprechender Warenmarkt. Selbst im Jahr 2020 lagen die belarussischen Waren- und Dienstleistungsexporte nach China bei über \$1 Milliarde. In den ersten 5 Monaten dieses Jahres sind sie gegenüber der gleichen Vorjahresperiode um das Doppelte gewachsen.

„Uns geht es nicht nur um Handel und wirtschaftliche Kooperation, sondern auch um Investitionen“, fügte Juri Tschebotar hinzu. „Mit unseren chinesischen Freunden bereiten wir ein entsprechendes Abkommen über den Freihandel mit Dienstleistungen und Investitionen vor. Dank diesem Abkommen kann das Investitionsvolumen um 30 Prozent und das Dienstleistungsvolumen um 10 bis 15 Prozent wachsen.“

Im nächsten Jahr feiern Belarus und China 30 Jahre diplomatische Beziehungen. Die Staaten bereiten eine Deklaration über den Übergang zur „eisernen Freundschaft“ und „eisernen Bruderschaft“ vor.

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 20. Juni 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: **Washington: China muss neue Untersuchung zu COVID-19 zulassen oder mit Isolierung rechnen**

Peking hat die Wahl: Entweder der Forderung der westlichen Mächte nachzugeben und eine weitere WHO-geleitete Untersuchung über die Herkunft von COVID-19 zuzulassen oder von der internationalen Gemeinschaft geächtet zu werden, so Bidens Sicherheitsberater Jake Sullivan.

Jake Sullivan, der nationale Sicherheitsberater von US-Präsident Joe Biden, hat in einem Interview mit Chris Wallace auf Fox News eine strenge Warnung an China herausgegeben. Auf die Frage, ob Biden darauf bestehe, dass eine mögliche zweite Untersuchung über den Ursprung des Virus eine "unabhängige" Untersuchung sein müsse, sagte Sullivan, dass der US-Präsident Washingtons Verbündete in der G7 überzeugt habe, Druck auf Peking auszuüben. Er erklärte:

"Es ist diese diplomatische Vorarbeit, die Nationen der Welt zu versammeln, um politischen und diplomatischen Druck auf China auszuüben. Dies ist ein Kernstück der Bemühungen, die wir unternehmen, um China letztendlich vor eine harte Wahl zu stellen."

Peking, so Sullivan, wurde ein Ultimatum gestellt: Entweder den Forderungen nachzugeben und Ermittlern zu erlauben, tatsächlich herauszufinden, woher das Virus kam oder "mit der Isolation in der internationalen Gemeinschaft zu rechnen".

China spielte eine wichtige Rolle in dem Kommuniqué, das von der G7, bestehend aus den Staats- und Regierungschefs der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Japans und Kanadas sowie der EU nach einem Gipfel Anfang des Monats veröffentlicht wurde. Neben der Kritik an Chinas angeblichen Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang und einer vermeintlichen Unterdrückung der Demokratie in Hongkong fordert das Dokument eine gründliche Untersuchung der Ursprünge der Pandemie. Die Länder der Gruppe der Sieben fordern eine "zeitnahe, transparente, von Experten geleitete und wissenschaftlich fundierte Phase-2-Studie zu den Ursprüngen von COVID-19" und zitierten dabei die Empfehlungen eines zuvor veröffentlichten Expertenberichts.

Peking prangerte die Erklärung als "ernste Verletzung der grundlegenden Normen der internationalen Beziehungen" an und beschuldigte die G7-"Clique", Spaltung zu einem Zeitpunkt zu säen, an dem gemeinsame Bemühungen erforderlich sind.

Das erneute Interesse an den Ursprüngen des Virus folgt auf Berichte in den US-Medien aus dem vergangenen Monat. Hierin wurde behauptet, dass mehrere Forscher des chinesischen Wuhan Instituts für Virologie Wochen vor dem Beginn der Pandemie erkrankt und im Krankenhaus behandelt worden seien. Die Washington Post, die den vermeintlichen Knüller brachte, berief sich auf einen bisher nicht veröffentlichten US-Geheimdienstbericht als Quelle.

Peking bestreitet die Behauptung vehement und beschuldigt Washington, das Thema hochzuspielen. Die Ergebnisse der ersten WHO-geleiteten Untersuchung seien "weitgehend repräsentativ und hochprofessionell", so die chinesische Regierung.

Am Donnerstag warf der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Zhao Lijian den USA vor, "die Frage der Rückverfolgung des Ursprungs zu politisieren". Er kritisierte den Vorschlag und forderte, dass Washington im Namen der Transparenz Experten zu einer "detaillierten Untersuchung" in ein Biolabor im Zentrum Fort Detrick in Maryland und anderen Orten einladen sollte.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60d03ed748fbef144f2c6ffd.JPG>

de.rt.com: **Deutschland verhaftet russischen Wissenschaftler wegen mutmaßlicher Geheimdiensttätigkeit**

Die Bundesanwaltschaft hat am vergangenen Freitag den russischen Staatsangehörigen Ilnur N. festnehmen lassen, wie heute bekannt wurde. Grund dafür sind mutmaßliche Geheimdiensttätigkeiten, es sollen sensible Informationen von deutschen Universitäten an den russischen Geheimdienst weitergeleitet worden sein.

Am vergangenen Freitag hat die Bundesanwaltschaft aufgrund eines Haftbefehls des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofs am selben Tag den russischen Staatsangehörigen Ilnur N. festnehmen lassen, wie die Bundesanwaltschaft am Montag bekanntgab. Dabei wurden auch die Wohnung und der Arbeitsplatz des Verdächtigen durchsucht. Ilnur N. wird verdächtigt, seit Oktober 2020 für den russischen Geheimdienst tätig gewesen zu sein. Der Verdächtige arbeitete bis zu seiner Verhaftung als wissenschaftlicher Mitarbeiter für einen naturwissenschaftlichen-technischen Lehrstuhl an einer Universität in der Bundesrepublik. Ihm wird vorgeworfen, sich zwischen Oktober 2020 und Juni 2021 mindestens drei Mal mit einem Angehörigen des russischen Auslandsgeheimdiensts getroffen haben. Bei zwei dieser Treffen soll er Informationen aus dem "Herrschaftsgebiet der Universität" weitergegeben haben. Im Gegenzug dafür soll er angeblich Geldzahlungen erhalten haben.

Am vergangene Samstag wurde der Beschuldigte dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs vorgeführt, der den Haftbefehl eröffnete und den Vollzug der Untersuchungshaft angeordnet hat.

Lug-info.com: In der LVR sind am 21. Juni um 9:00 Uhr 5027 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 4400 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 463 Todesfälle.

snanews.de: **EU-Außenminister wollen zusätzliche Sanktionen gegen Weißrussland verhängen**

Die Außenminister der EU-Staaten wollen am Montag ein umfangreiches neues Sanktionspaket gegen Weißrussland in Kraft setzen. Bundesaußenminister Heiko Maas hält aber zusätzliche Strafmaßnahmen gegen Teile der weißrussischen Wirtschaft für unausweichlich, wie deutsche Medien am Montag schreiben.

„Jetzt sollten wir die Sanktionen auf Teile der weißrussischen Wirtschaft ausweiten, wie etwa die Kali-Industrie oder in den Energiesektor. Und wir sollten der Regierung in Minsk die Möglichkeit nehmen, sich innerhalb der EU durch die Ausgabe von Staatsanleihen Finanzmittel zu verschaffen“, sagte Maas der „Welt“ (Montag). Diese könnten Medienberichten zufolge im August oder September angenommen werden.

Die EU-Staaten haben sich am vergangenen Mittwoch auf Sanktionen gegen Anhänger des weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko verständigt. Demnach sollen EU-Einreiseverbote gegen 78 Personen verhängt und ihre in der EU vorhandenen Vermögenswerte eingefroren werden. Betroffen sind zudem mindestens sieben Organisationen – staatliche Stellen und Unternehmen.

Beim heutigen Treffen in Luxemburg ist auch laut der Deutschen Presse-Agentur ein Austausch mit der belarussischen Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja geplant. Als Argument für die Sanktionen nennt Brüssel die „anhaltenden Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition“ in Weißrussland. Das Sanktionspaket trifft außerdem Personen, die aus EU-Sicht an dem Vorfall mit der Landung des Ryanair-Flugzeugs am 23. Mai beteiligt waren.

Hintergrund

Die Beziehungen zwischen der EU und Minsk haben sich nach den Präsidentenwahlen in Weißrussland deutlich verschlechtert. Die EU erkannte den Sieg des langjährigen Machthabers Alexander Lukaschenko nicht an und warf ihm Wahlfälschung vor. Danach führten die EU, Großbritannien, die USA und Kanada politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen eine Reihe hochrangiger weißrussischer Beamter ein, darunter gegen Lukaschenko selbst sowie gegen einige Unternehmen, die ihn unterstützen.

Die Pressestelle der Regierung in Minsk kündigte am 23. April Gegensanktionen an. Darüber hinaus sind nun in Weißrussland Waren von Škoda Auto, Liqui Moly und Beiersdorf verboten. Die Liste der sanktionierten Waren gilt vorerst für sechs Monate.

Dem Ex-Chefredakteur des Telegram-Kanals Nexta Roman Protassewitsch, der bei der Notlandung des Ryanair-Flugzeugs in Minsk festgenommen wurde, wirft die weißrussische Justiz extremistische Aktivitäten im Netz vor, darunter Appelle an die Bevölkerung der Ex-Sowjetrepublik, gegen den Langzeitpräsidenten Alexander Lukaschenko zu protestieren. Bei einem Schuldspruch drohen Protassewitsch 15 Jahre Haft.

Neben den Belarus-Sanktionen sind bei dem heutigen Treffen die Lage im Irak sowie die Beziehungen zu Ländern in Lateinamerika Thema.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/05/1f/2314240_0:236:3142:2003_1440x0_80_0_0_cdb5d25e023827b04a67face3ba6d1ed.jpg

snnews.de: **Ukraine erwirbt zwei Militärschiffe von Großbritannien**

Die Ukraine will bei Großbritannien zwei Minenräumschiffe der Sandown-Klasse kaufen. Darüber berichtet die ukrainische Zeitung „Dumskaja“ unter Berufung auf unbenannte Quellen.

Laut der Zeitung soll der Kauf schon in diesem Jahr erfolgen. Ein Abkommen dazu soll am 21. Juni in Odessa unterzeichnet werden.

Laut der Zeitung wurden die zum Kauf geplanten Kriegsschiffe Anfang der 1990-er Jahre gebaut. Die Royal Navy hatte 15 Minenräumschiffe dieses Typs im Einsatz, in den 2000-er Jahren seien drei der Schiffe an Estland und Saudi-Arabien übergeben worden.

Die Minenräumschiffe des Typs Sandown sind 53 Meter lang, mit zwei Dieselmotoren sowie einem Elektromotor für einen leisen Betrieb ausgestattet und erreichen eine Höchstgeschwindigkeit von 13 Knoten. Sie sind mit einer 30-mm-Kanone und mehreren Maschinengewehren bewaffnet. Der einzige Zweck dieser Minensucher besteht darin, Seeminen mit ferngesteuerten Suchgeräten aufzuspüren und zu zerstören.

Wie das ukrainische Verteidigungsministerium im Oktober vorigen Jahres berichtete, sieht das von Präsident Wladimir Selenski mit der britischen Exportkreditagentur unterzeichnete Memorandum die Lieferung moderner Militärtechnik und neuester hochpräziser Waffen an

Kiew vor. Außerdem soll Kiew bei der Organisation von einigen Militäreinheiten in der Ukraine und beim Bau von Stützpunkten für die ukrainische Marine geholfen werden. Laut dem Büro des Präsidenten der Ukraine kann Großbritannien für 1,4 Milliarden Dollar dem Ex-Sowjetland helfen, die ukrainische Marine mit modernen Raketenbooten auszustatten, die mit Nato-Standards kompatibel sind.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/06/15/2560432_0:238:2560:1678_1440x0_80_0_0_9313a7dd69c27da11d59fbac343635b0.jpg

nachmittags:

de.rt.com: **"Wie lange leben die USA nach Gesetzen?" – Sacharowa über geplante US-Sanktionen gegen Russland**

Der Sprecherin des russischen Außenministeriums zufolge sollten sich die USA zuerst selbst mit Sanktionen wegen der Kriege in Jugoslawien und im Irak belegen und erst dann das Wort "Gesetz" aussprechen. Washington hält an seiner Sanktionspolitik gegen Russland fest. Bevor die USA das Wort "Gesetz" aussprechen, müssen sie sich zunächst selbst mit Sanktionen wegen der Kriege in Jugoslawien und im Irak sowie wegen all der Getöteten und Verstümmelten auf der ganzen Welt bestrafen. Dies hat die Vertreterin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa auf ihrem Telegramkanal mitgeteilt. Zuvor hatte die Pressesprecherin des Weißen Hauses Jen Psaki erklärt, dass das Genfer Treffen zwischen US-Präsident Joe Biden und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin keine Änderungen an Washingtons antirussischer Sanktionspolitik gebracht habe. Ihr zufolge sei das Weiße Haus "per Gesetz dazu verpflichtet", weiterhin Beschränkungen im Zusammenhang mit dem Einsatz von Chemiewaffen in Betracht zu ziehen.

Hierzu schrieb Sacharowa auf Telegram:

"Wie lange leben die USA nach den Gesetzen? Die Art und Weise, wie sie in der Organisation für das Verbot chemischer Waffen vorgehen, fällt unter kein Gesetz – völlige Gesetzlosigkeit. Zuerst sollen sie sich selbst mit Sanktionen wegen Jugoslawien und dem Irak, wegen Millionen Getöteten und Verstümmelten bestrafen. Und nur dann wird es möglich sein, das Wort Gesetz auszusprechen."

Die Pläne zur Einführung neuer Sanktionen kündigte der Berater des Präsidenten der Vereinigten Staaten für nationale Sicherheit Jake Sullivan an. Er sagte, das Weiße Haus bereite aufgrund der Situation mit Alexei Nawalny ein weiteres Maßnahmenpaket vor. Darüber hinaus werde Washington weiterhin Sanktionen gegen russische Unternehmen verhängen, die am Bau der Ostseepipeline Nord Stream 2 beteiligt sind.

Anatoli Antonow, der russische Botschafter in den USA, kritisierte diese Absichten. Ihm zufolge sei dies nicht das Signal, das die Präsidenten nach dem Gipfel gesendet hätten. Das erste Treffen zwischen Putin und Biden im Status von Staatsoberhäuptern fand am

Mittwoch in Genf statt. Nach der Diskussion sagte Putin, er habe mit seinem amerikanischen Amtskollegen vereinbart, Konsultationen über strategische Stabilität aufzunehmen. Darüber hinaus verabschiedeten die Staatschefs eine gemeinsame Erklärung, in der sie an dem Grundsatz festhalten, dass es in einem Atomkrieg keine Gewinner geben kann und ein solcher niemals entfesselt werden sollte.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60d057e648fbef31ff72fdc7.jpg>

snanews.de: **Friedensaufruf erscheint in deutscher und russischer Zeitung**

Zum 80. Jahrestag des Überfalls Nazideutschlands auf die Sowjetunion erscheint am 22. Juni eine ganzseitige Anzeige in einer deutschen und einer russischen Zeitung. Die deutsche Initiative wirbt für Frieden und Völkerverständigung.

Am Dienstag wird der Aufruf „Lasst uns Frieden stiften“ auf Russisch in der Zeitung „Kommersant“ und parallel auf Deutsch in der „Berliner Zeitung“ erscheinen. Finanziert wird der als Anzeige erscheinende Text durch Spenden von etwa 1300 deutschen Bürgerinnen und Bürgern.

„Überwältigendes“ Echo

Erst vor drei Wochen sind die Initiatoren Antje Vollmer, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a.D., Peter Brandt, Historiker und Sohn des Bundeskanzlers Willy Brandt, Reiner Braun, Geschäftsführer vom International Peace Bureau und Martin Hoffmann, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Deutsch-Russisches Forum mit ihrem Aufruf an die Öffentlichkeit gegangen. In einer Online-Pressekonferenz zeigten sie sich „überwältigt“ von der Resonanz und verwiesen auf die große Diskrepanz in Deutschland zwischen der Einstellung der Medien und der Politik und der Einstellung der Bevölkerung zu Russland. Antje Vollmer sagte:

„Deutsche Medien sind zunehmend einseitig in ihrer Berichterstattung über Russland und vermitteln den Eindruck, die Einstellung der Bevölkerung zu Russland hätte sich auch zum Negativen geändert. Dem ist nicht so. Das wollen wir mit dieser Anzeige zum Ausdruck bringen.“

Gorbatschow verbittert

Nirgends gäbe es so „aggressive Medienkampagnen“ gegen Russland und so wenig Verständnis für die Russen wie in Deutschland, würden ihre russischen Partner und Kollegen klagen, sagte Vollmer.

In einer kleinen Runde, an der auch Vollmer teilnahm, hätte sich der letzte Präsident der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, verbittert gezeigt, dass er und die Sowjetführung Ende der 1980er Jahre mit „Perestroika“ und „Glasnost“ alles riskiert hätten, da sie auf einen Platz in der europäischen Gemeinschaft hofften. Aber der Westen hätte seine Einstellung gegenüber Russland nicht geändert. Russland sei nach wie vor Sündenbock für alles.

Keine Gedenkfeier des Bundestages

Rainer Braun bezeichnete es als „unwürdig“, dass es keine offizielle Gedenkfeier des Bundestages zum 80. Jahrestag des Überfalls Nazideutschlands auf die Sowjetunion geben wird. Einzig die Partei „Die Linke“ wird eine Veranstaltung durchführen. Dies sei „unverzeihlich gegenüber den Opfern und unverantwortlich in Bezug auf eine Entspannungspolitik gegenüber Russland“, so Braun.

Die Initiatoren hätten sich bewusst für eine russische Zeitung zur Veröffentlichung des Aufrufs entschieden, „um zu zeigen, dass es auch ein anderes Deutschland gibt“.

Peter Brandt ergänzte, dass die Frage eines guten Verhältnisses zu Russland kein „Links/Rechts-Thema“ sei, wie es auch an der Bandbreite an Unterzeichnern unter dem Aufruf zu sehen ist. „Darin besteht auch eine Chance“, so Brandt.

Erstunterzeichner des Aufrufs sind unter anderem der regierende Bürgermeister von Berlin Michael Müller, Ex-Ministerpräsident und SPD-Vorsitzender Matthias Platzeck, Horst Teltschik, Sicherheitsberater von Helmut Kohl und der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Frieden in Europa nur mit Russland

In dem Aufruf heißt es:

„Frieden in Europa gelingt nur gemeinsam mit Russland und nicht gegen Russland. Deshalb rufen wir die Politiker Europas in Ost und West auf: Bewegt Euch! Verlasst endlich die Sphäre und die Logik des Kalten Krieges! Nicht die Panzertruppen oder Rüstungszahlen müssen wachsen, sondern die Bereitschaft, aufeinander zuzugehen. Macht es, wie es die Menschen in Russland, Deutschland und Europa in der konkreten Arbeit in Städtepartnerschaften, im Jugendaustausch, in Wirtschafts- und Wissenschaftskooperationen tun. Verlasst die mentalen Gefängnisse der Feindbilder, Ressentiments und Ängste! Lasst uns endlich Frieden stiften! Die Menschen in Europa warten schon lange darauf. Dies ist die Lehre des 22. Juni.“

Der Aufruf „Lasst und Frieden stiften“ wird am 22. Juni 2021 als ganzseitige Anzeige im „Kommersant“ und in der „Berliner Zeitung“ erscheinen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/06/15/2565013_0:120:1280:840_1440x0_80_0_0_46e0ada280b1a818ea99329eeb942308.jpg

wpered.su: Rede Boris Litwinows beim Online-Treffen zum 80. Jahrestag des Beginns des Großen Vaterländischen Krieges

In zwei Tagen werden 80 Jahre seit einem der traurigsten und tragischsten Daten in unserer Geschichte vergangen sein – dem Beginn des Großen Vaterländischen Krieges. Unter den historischen Daten des Jahres 2021 nimmt dieses selbst jetzt, nach acht Jahrzehnten, einen besonderen Platz ein, was das Ausmaß der Prüfungen und Verluste, den auf die Weltgeschichte und die Aktualität betrifft.

Seit Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939 versklavte Nazi-Deutschland viele europäische Länder. Gegen die UdSSR traten Rumänien, Italien, die Slowakei, Finnland, Ungarn zusammen mit Deutschland auf und Mitte August schloss sich ihnen Norwegen an. Bis Juni 1941 hatten Deutschland und seine Verbündeten eine starke Gruppierung von 166 Divisionen, mehr als 4 Millionen Menschen, über 42.601 Geschütze und Mörser, etwa 4.364 Panzer und Sturmgeschütze und 4.795 Flugzeuge an den Grenzen zur Sowjetunion stationiert. Um 4 Uhr morgens am 22. Juni 1941 begann das faschistische Deutschland unter Bruch des Nichtangriffsvertrages den Krieg gegen die Sowjetunion. Unmittelbar nach dem wortbrüchigen Angriff begann Hitlerdeutschland eine breite Offensive der Truppen über die Westgrenze der UdSSR - von der Barentssee bis zum Schwarzen Meer. Es begann die Umsetzung des Plans „Barbarossa“, gemäß dem die deutsche Militärführung damit rechnete, einen „Blitzkrieg“ zu führen und die UdSSR mit einem Schlag zu besiegen, 30 Millionen Sowjetbürger auf den besetzten Gebieten zu vernichten.

Am 22. Juni erzielten die Stoßtrupps der deutschen Truppen in allen Richtungen greifbare Erfolge durch die Konzentration von mehr als 80% aller für den Ostfeldzug vorgesehenen Kräfte in der ersten strategischen Staffel: 130 Divisionen, 8 Brigaden, 3.350 Panzer, etwa 38.000 Geschütze und Mörser und etwa 5.000 Flugzeuge.

Der Schlag von einer solchen Stärke war für alle Truppen der westlichen Grenzbezirke völlig unerwartet. Höchstes Heldentum zeigten vom ersten Tag des Krieges an die einfachen Soldaten und Offiziere der Roten Armee. Die sowjetischen Grenzsoldaten wurden von den ersten Schlägen getroffen. 660 Posten stellten sich den deutschen Truppen in den Weg. Der Gegner rechnete damit, in kurzer Zeit die Grenzposten zu überrennen. Nach dem Plan „Barbarossa“ waren für die Liquidierung der Grenzposten in 30 bis 45 Minuten vorgesehen.. Doch der Plan konnte nicht umgesetzt werden. Die Grenzsoldaten standen bis zum Tod. Die Posten hielten sich einen Tag, an einigen Abschnitten Wochen und einen Monat.

Doch insgesamt ergab sich am Ende des ersten Tages der Kriegshandlungen in westlicher Richtung für die Rote Armee eine äußerst schwere Lage.

Bis zum Ende des Tages hatten die vordersten Abteilungen der deutschen 2. und 3. Panzergruppe die Verteidigung der sowjetischen Truppen bis zu einer Tiefe von 60 Kilometern und mehr durchbrochen.

So endete der erste Tag des Krieges. Unter dem Ansturm der überlegenen Kräfte des Feindes zogen sich die sowjetischen Truppen unter schweren Kämpfen in die Tiefe des Landes zurück. Vor ihnen lag der ganze Krieg, der 1418 Tage und Nächte dauerte und der am 9. Mai 1945 mit vollständigen Zerschlagung der Länder des Nazi-Blocks endete. Die gesamten menschlichen Verluste der UdSSR während des Krieges betragen 26,6 Millionen Menschen. Von ihnen starben mehr als 8,7 Millionen Menschen auf den Schlachtfeldern, 7,42 Millionen Menschen wurden von den Nazis in den besetzten Gebieten vorsätzlich vernichtet, mehr als 4,1 Millionen Menschen starben an den grausamen Bedingungen des Besatzungsregimes. 5,27 Millionen Menschen wurden zur Zwangsarbeit nach Deutschland und seine Nachbarländern deportiert. Nur wenig mehr als die Hälfte von ihnen kehrte nach Hause zurück - 2,65 Millionen Menschen, mehr als 450 000 wanderten aus, 2,16 Millionen Menschen wurden getötet und starben in Gefangenschaft.

Die Verluste der UdSSR machten 40% aller menschlichen Verluste im Zweiten Weltkrieg aus. Etwa eine Million sowjetische Soldaten gaben ihr Leben bei der Befreiung der Völker Europas. Laut der Schlussfolgerung der Außerordentlichen Staatskommission zur Feststellung und Untersuchung der Verbrechen der faschistischen deutschen Besatzer haben die Besatzer mehr als 1700 Städte und Ortschaften, mehr als 70.000 Dörfer und Siedlungen der UdSSR vollständig oder teilweise zerstört, allein der direkte materielle Schaden für den Staat und die Bevölkerung betrug 679 Milliarden Rubel (in Preisen von 1941).

Die menschlichen Verluste und materiellen Schäden, die das Land durch die deutsche Nazi-Aggression erlitten hat, sind mit nichts zu vergleichen. Die Geschichte hat nie solche

Zerstörungen, Barbarei und Unmenschlichkeit gekannt, wie sie den Weg Nazideutschlands und seiner Verbündeten auf sowjetischem Boden kennzeichneten.

Für unser Land gab es während des Großen Vaterländischen Krieges unzweifelhaft schicksalsträchtigere Tage, aber dieser erste Tag wird für immer im Gedächtnis der Völker bleiben.

Wenn wir heute die Frage stellen, was die Grundlage für den Sieg des sowjetischen Volkes im Großen Vaterländischen Krieg war, sagen wir mit Überzeugung: Ideologie und Erziehung. Das sowjetische Staatssystem und die sozialistische Entwicklung des Landes stärkten den Geist des multinationalen sowjetischen Volkes, stärkten den Hass auf den Feind und halfen in den Kämpfen für die sowjetische Heimat, für das Land, das allen Menschen gehörte.

An den heldenhaften sowjetischen Vorbildern muss auch die heutige Jugend erzogen werden. Im Jahr 2014 gab es einen Staatsstreich in der Ukraine. Anhänger einer nationalistischen, faschistischen Ideologie kamen an die Macht.

Sich an die Heldentaten ihrer Großväter und Väter erinnernd erhoben sich die Einwohner des Donbass gegen die pro-faschistische Kiewer Regierung und proklamierten die Gründung eines eigenen Staates. Zehntausende Einwohner unserer Volksrepublik und zusammen mit ihnen Freiwillige aus dem brüderlichen Russland, Antifaschisten aus anderen Oblasten der Ukraine, den ehemaligen Sowjetrepubliken, Ossetien und Abchasien, aus Serbien, Deutschland, Frankreich, Spanien, Israel, den USA, Großbritannien und anderen Ländern verteidigten den Willen des Volkes des Donbass.

Die Soldaten des Volkswiderstands führen seit 7 Jahren ihren Kampf gegen die ukrainischen Neofaschisten, die mit Geld aus den USA und NATO-Ländern gefördert werden. Trotz der militärischen und politischen Unterstützung der ukrainischen Regierung durch die Imperialisten der westlichen Länder, waren die Nachkommen und Anhänger der faschistischen Ideologie und Methoden der Unterwerfung von Völkern nicht in der Lage, den Donbass zu unterwerfen und auf unserem Land einen Brückenkopf für die Zerstörung Russlands zu schaffen. Die Kommunisten und unsere Anhänger, die Mehrheit der Bürger der DVR bewahren die Erinnerung an das Heldentum des sowjetischen Volkes und messen sich an den Siegen und Errungenschaften unserer Vorfahren. Die Faschisten des XXI.

Jahrhunderts werden unseren Traum und unser Ziel nicht töten - die Wiedergeburt einer gerechten, sowjetischen, sozialistischen Heimat - der UdSSR!

Das Gedenken an die Opfer des Faschismus und das Heldentum des Volkes stärkt die Einheit der Werktätigen der der Bruderländer im Kampf für den sozialistischen Entwicklungsweg und ist ein Unterpfand für unsere gemeinsamen Siege!

snanews.de: **Irans neuer Präsident Raisi: Washington muss Sanktionen gegen Teheran aufheben**

Die USA müssen laut dem neugewählten iranischen Präsidenten, Ebrahim Raisi, die Sanktionen gegen den Iran aufheben. Der Politiker beabsichtigt jedoch nicht, dieses Thema mit seinem US-Amtskollegen Joe Biden zu erörtern.

„Die USA sollten die Sanktionen gegen den Iran aufheben. Sie haben gegen das Atomabkommen verstoßen, und auch die Europäische Union hat die Bestimmungen des Abkommens nicht befolgt“ sagte der iranische Staatschef am Montag auf einer Pressekonferenz.

Der Iran beabsichtigt nicht, sich mit Präsident Joe Biden zu treffen, um die Sanktionen zu besprechen, unterstrich Raisi.

Der Spitzenkandidat, der Hardliner und Wunschpräsident der politischen Eliten, Ebrahim Raisi, hatte am Sonntag die Präsidentenwahl im Iran gewonnen. Er kam auf mehr als 60 Prozent der Stimmen. Raisi ist der Nachfolger von Hassan Ruhani, der nach zwei Amtszeiten nicht mehr zur Wahl antreten durfte. Die geringe Wahlbeteiligung wird von Beobachtern als Boykott und Warnsignal der Bevölkerung ausgelegt. Ein Sprecher des israelischen

Außenministeriums sagte, die Wahl Raisis sei der iranischen Öffentlichkeit aufgezwungen worden. Er sei der bisher extremistischste Präsident des Iran.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/06/13/2545204_0:0:3073:1728_1440x0_80_0_0_c7cd74c1c28b385c8c3c0e8a921b61f0.jpg

snanews.de: **Putins Artikel zum 80. Jahrestag des Kriegsbeginns erscheint in deutscher Zeitung**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat anlässlich des 80. Jahrestages des Beginns des Großen Vaterländischen Krieges einen Artikel verfasst, den er demnächst in einer deutschen Zeitung veröffentlichen wird. Kremlsprecher Dmitri Peskow verriet derweil in einer Pressekonferenz, was den Staatschef zu diesem Schritt bewegt hat.

„Wir wissen, dass wahrscheinlich Deutschland als erstes dem Nazismus zum Opfer fiel. Es war gerade Deutschland, das mit dem Nazismus infiziert wurde, gerade Deutschland hat die Sowjetunion überfallen, und dieses Thema ist sowohl für Deutsche als auch für uns, Russen, sehr wichtig. Genau aus diesem Grund hat sich der Präsident nicht zum ersten Mal dafür entschieden, sich dem Dialog mit Deutschland zu widmen und seine Sichtweise darzulegen“, erklärte Peskow.

Unter anderem fügte er hinzu, dass die Publikation auf Deutsch verfasst sein werde. Der Artikel soll aber auch auf Russisch und in anderen Sprachen später auf der Webseite des Präsidenten erscheinen. Dem fügte der Kremlsprecher hinzu, er selbst habe bislang nicht die Möglichkeit gehabt, sich mit dem Artikel vertraut zu machen.

Der 22. Juni 1941 ging in die Geschichte als der Tag ein, an dem Nazi-Deutschland die Sowjetunion angegriffen hatte. Dieses Datum wurde zu einem der tragischsten in der Geschichte Russlands. Im Juni jährt sich zum 80. Mal der Tag des Beginns des Großen Vaterländischen Krieges.

Am 22. Juni, dem Gedenk- und Trauertag, wird das Staatsoberhaupt am Grab des unbekanntes Soldaten Blumen niederlegen und eine Rede halten. Am Gedenk- und Trauertag finden in allen Regionen des Landes Gedenkveranstaltungen statt. Um 12.15 Uhr soll eine russlandweite Schweigeminute eingelegt werden.

Frühere Publikationen des Präsidenten

2020 hatte Putin einen Artikel über den Zweiten Weltkrieg mit dem Titel „Echte Lehren aus dem 75. Jahrestag des Zweiten Weltkriegs“ veröffentlicht. Der Text erschien in der amerikanischen Zeitschrift „The National Interest“. 2019 entschloss sich der russische Präsident, nachdem die EU-Resolution verabschiedet worden war, den Artikel zu verfassen. Darin wurden die Rollen von Nazi-Deutschland und der UdSSR vor dem Krieg gleichgesetzt. Putin hatte in seinem Artikel erklärt, dass alle Staaten für den Beginn des Krieges verantwortlich gewesen seien. Als Gründe für den Zweiten Weltkrieg hatte er auch

„Staatsegoismus, Feigheit, Zufriedenheit des immer stärker werdenden Aggressors und die mangelnde Kompromissbereitschaft der politischen Eliten“ angeführt.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/06/15/2567129_0:0:3004:1691_1440x0_80_0_0_ae469b67fa9b2bbdb6fdd146a48bb118.jpg

abends:

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die Analyse der in den letzten Tagen entstandenen Situation zeigt, dass Kiew weiter zielgerichtet die Lage an der Kontaktlinie destabilisiert.

Heute um 10:10 Uhr wurden **infolge von Beschuss** mit Mörsern auf die Positionen der Einheiten der Volksmiliz im Gebiet von Losowoje von Seiten der 28. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte **drei unserer Soldaten getötet, ein weiterer wurde schwer verletzt.**

Obwohl in Abstimmung der ukrainischen Vertretung im GZKK ein „Regime der Ruhe“ ausgerufen worden war, wurde um 13:30 Uhr eine **Bergungsgruppe, die in einem Sanitätsfahrzeug den Verletzten und Leichen der Toten bergen wollte**, hinterhältig aus Richtung Krasnogorowka **mit Antipanzergranatwerfern beschossen. Dabei starb ein Verteidiger der DVR und vier wurden verletzt.** Der besondere Zynismus dieses Verbrechens besteht darin, dass das Feuer auf das Sanitätsfahrzeug, an dem sich Erkennungszeichen des Sanitätsdienstes befanden, zielgerichtet erfolgte. Der Gegner musste von dessen humanitärem Zweck wissen. Außerdem war die ukrainische Seite zuvor über die Route des Sanitätsfahrzeugs informiert worden.

Es muss festgestellt werden, dass es in der gesamten Zeit des militärischen Konflikts mit der Ukraine keine Fälle gab, in denen bei der Ausrufung eines „Regimes der Ruhe“ zielgerichtet auf Sanitätsfahrzeuge geschossen wurde. Das ist eine grobe Verletzung des internationalen humanitären Rechts.

Mit ihren Handlungen haben die ukrainischen Streitkräfte den über lange Zeit gültigen Mechanismus der Zusammenarbeit zerstört. Jetzt wird niemand von der Sicherheit von Bergungsgruppen selbst bei Ausrufung eines „Regimes der Ruhe“ überzeugt sein können.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass Zweck dieser Provokation das Hervorrufen von erwidern dem Feuer von Seiten der Einheiten der Volksmiliz war, um sie anschließend der Verletzung der Minsker Vereinbarungen und der Aktivierung der Kampfhandlungen zu beschuldigen. Umso mehr als diese Verbrechen von ukrainischen Soldaten im Vorfeld einer weiteren Sitzung der Minsker Gruppe begangen wurden.

Gestern haben wir über die Vorbereitung von Feuerprovokationen auf Befehl des Kommandos der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ berichtet, die den Zweck haben, inszenierte

Reportagen zur Beschuldigung der Republiken in Bezug auf Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung zu drehen. Die heutigen Ereignisse haben das bestätigt.

Der von den ukrainischen bewaffneten Formationen begangene weitere Terrorakt – anders kann man das Geschehen nicht nennen – ist eine klare Bestätigung dafür, dass die Ukraine an der Regelung des Konflikts auf friedlichem Weg nicht interessiert und die Minsker Vereinbarungen absolut nicht einhalten will.

Wir rufen die Weltgemeinschaft auf, den weiteren Fall von Aggression der ukrainischen Kämpfer zu registrieren, der zu einer Wiederaufnahme der Kampfhandlungen im Donbass führen wird.

Alle Verbrechen, die von der ukrainischen Soldateska begangen werden, werden nicht unbestraft bleiben.